sie aber nicht mehr, die Bande festzustellen, die in das Buttergeschäft eingedrungen waren."

Wie wir dazu weiter erfahren, ging in Neukölln eine Reihe von Erwerbslosen in die ganz großen Lebensmittelgeschäfte, ließen sich Brot und Lebensmittel einpacken, nahmen die Pakete und gaben einen Schein ab, auf dem stand, daß sie ausgesteuert sind und vor dem Verhungern stehen. Die Firma solle sich das Geld für die Lebensmittel vom Wohlfahrtsamt holen. Auch im Zentrum ereigneten sich ähnliche Vorfälle.

Neue Enthüllungen im Leipziger Prozeß

Der kommunistische Stadtverordnete Hofmann widerlegt die Lügen über die Partei

(Drahtbericht unseres Leipz. Berichterstatters)

Leipzig, 20. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

In der gestrigen Verhandlung des Leipziger Waffenprozesses wurden neue Enthüllungen gebracht. Die Verhandlung begann mit der Fortsetzung der Vernehmung des Angeklagten Döring. Er erklärte, daß festgestellt worden sei, daß die im Reichswehrgebäude lagernden Waffen nicht zum Bestand der Reichswehr, sondern faschistischen Organisationen gehörten. Als die Ausräumung des Waffenlagers erfolgen sollte, habe er in der Nähe den Genossen Mettin getroffen und ihm mitgeteilt, daß er das Gespräch zweier Reichswehroffiziere belauscht habe, wobei einer äußerte: „Sind denn die Kerle noch nicht da?" Mettin habe zu Döring geäußert, daß ganze sei eine abgekartete Spitzelgeschichte. Er selbst habe darauf sofort einen Motorradfahrer nach der Kaserne geschickt, um die Transportautos zurückzuholen, was jedoch nicht mehr möglich war, da sie bereits in der Kaserne waren.

Anschließend erfolgte die Vernehmung des Genossen Hofmann, der seine Auslagen mit einer ausführlichen politischen Beurteilung der Tat begann. In allen imperialistischen Ländern befinden sich die Waffen in den Händen der Bourgeoisie, die sie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und zur Durchführung der imperialistischen Raubpläne benutzt. Für die Ausräumung des faschistischen Waffenlagers sei das Bestreben der maßgebenden Genossen, zu verhindern, daß die Faschisten diese Waffen gegen die Arbeiter gebrauchten. Scharf wandte sich Genosse Hofmann gegen die Behauptung in der Anklage, daß das Unternehmen durch die KPD organisiert worden sei. Die Partei habe von dem Vorhaben weder etwas gewußt, noch habe sie die Ausführung geleitet oder irgend jemand beauftragt.

Verschärfter Zollwucher in Sicht

Bereits Preissteigerungen, — das ist „Brünings Preisabbau"

Die Brüning-Regierung hat in den letzten Tagen über einen „Gesamtplan zur Rettung der Landwirtschaft" beraten. Die Großagrarier stellten durch den Reichsernährungsminister Schiele ungeheure Ansprüche, die selbst die Vertreter der Großindustrie nicht voll billigen konnten und die zu Differenzen zwischen den Großagrariern und den Großindustriellen führten. Was aber von den Plänen durchgeführt werden soll, bedeutet neuen Zollwucher und eine neue ungeheure Belastung der Werktätigen. Schon vorher werfen diese neuen Pläne ihre Schatten voraus in Form von Preiserhöhungen.

Der Preis für Molkereibutter ist (zum Beispiel in Berlin von 170 Mark auf 190 Mark) gestiegen. Das Fleisch ist teurer geworden, ebenfalls Gemüse und Obst, außerdem andere wichtige Lebensbedürfnisse. Das ist der „Preisabbau" der Brüning-Regierung! Aber wenn die neuen Zollwucherpläne durchgeführt werden, wird alles noch viel teurer werden.

Sieg der Buchdrucker in Berlin

Verzicht auf Lohnraub erzwungen

Die Belegschaft der Buchdruckerei Maurer & Dinnicke hat durch einen geschlossen durchgeführten Streik einen vollen Erfolg erzielt. Die Firma verpflichtete sich, auf den 5prozentigen Abzug, der durch Schiedsspruch festgesetzt worden ist, zu verzichten. Die Streikzeit wird bezahlt, Maßregelungen finden nicht statt.

Dieser Erfolg hat auch die Belegschaften anderer Betriebe veranlaßt, ihre Unternehmer unter Druck zu setzen. Die Buchdruckerbewegung im ganzen Reich hat eine Verbreiterung erfahren. Die Königsberger Buchdrucker streiken weiter mit verstärkter Energie, nachdem sie durch die Streiks in Leipzig und Berlin wirkungsvolle Unterstützung gefunden haben. In Leipzig hat der Kampf auch auf die Firma Marquardt übergegriffen, nachdem diese den Verzicht auf den Lohnraub abgelehnt hatte. Das gleiche trat bei der Firma Jütte ein. Mit der weiteren Verbreitung der Streikfront der Buchdrucker kann gerechnet werden.

Inzwischen beginnt die Unternehmerfront bereits zu wanken. Das geht daraus hervor, daß z. B. die Mirag, ebenso einige andere Firmen, **unter dem Druck der Kampfstimmung der Belegschaften bereits erklärt haben, die alten Löhne weiter zu zahlen,** d. h. den Lohnraubschiedsspruch nicht durchzuführen.

Die Belegschaften einiger anderer Buchdruckereibetriebe, von Reclam und Spamer, stehen in Verhandlungen mit den Unternehmern und drohen mit Streik bzw. passiver Resistenz.

Wahlrechtsraub kommt!

Innenminister Wirth kündigt ihn im Reichstagsausschuß an

(Drahtbericht unseres Berl. Korrespondenten)

Berlin, den 20. Februar.

In der gestern abgehaltenen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages kündigte der Innenminister Wirth offen die Durchführung der Verschlechterung des Wahlrechts an. Im Zusammenhang damit betonte er die Notwendigkeit, gegen die Kommunisten schärfer als bisher vorzugehen. (!) Eine Verschärfung der Zensur gegen die russischen Filme und die proletarische Freidenkerzensur wurde ebenfalls angenommen. Bei der Verteidigung des Verbots des Remarquefilms und des sozialdemokratischen Propagandafilms schwiegen die Sozialdemokraten und verhielten sich in geradezu kläglicher Weise. Da sie durch die jetzt offene Unterstützung der Regierung Brüning nicht mehr imstande sind, gegen die frechen Reaktionsvorstöße auch nur scheinbar zu protestieren. Dem Vertreter der kommunistischen Fraktion, Genossen Stöcker blieb es vorbehalten, die reaktionären Machenschaften und den Faschierungskurs zu geißeln. Er erklärte, daß die revolutionären Arbeiter unter Führung der Kommunisten die neuen Anschläge der Regierung und ihrer faschistischen Hilfstruppen zu begegnen wissen werden.

In der gestrigen Plenarsitzung des Reichstages stand die zweite Beratung des Reichsverkehrshaushaltes auf der Tagesordnung. Der Redner der kommunistischen Fraktion, Genosse Chaulet, rechnete mit dem Dorpmüller-Scheffel-System ab. Seine Rede war ein Kampfruf an die Eisenbahner. Er zeigte dabei auf, wie der Hauptanteil der Millionensummen restlos für die Klasseninteressen, Rüstungen und Bequemlichkeiten der deutschen Bourgeoisie ausgegeben werden, während die Löhne des arbeitenden Personals verkürzt, die Arbeitsmethoden verschärft, die Ausbeutung ins Ungeheure gesteigert wird. Die organisierte Sabotage der Umstellbewegung der Eisenbahner durch den sozialdemokratischen Verbandsvorsitzenden Scheffel ist der Beweis dafür, daß nur unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Eisenbahner imstande sein werden, dem Dorpmüllersystem erfolgreich entgegenzutreten. Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

Fort mit der braunen Mordpest von den Straßen!

Rote Spießruten für Leipziger Nazis — Nur durch Waffenschutz SPD-Fleißners kann Mordhetzer Studentkowsky hetzen — Genosse Rädel spricht vor 7000 Demonstranten

In Dresden marschieren am Sonntag die Arbeiter auf!

Dresden, 20. Februar.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, gestaltete sich die Versammlung des nationalsozialistischen Mordhetzers Studentkowski zu einer schweren Niederlage der braunen Pest durch einen von der Kommunistischen Partei organisierten Riesenaufmarsch der Leipziger Arbeiter. Die Abhaltung der Versammlung wurde lediglich durch das Auftreten der Polizei ermöglicht, die der Leipziger sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner in ungeheurer Zahl zum Schutze der Banden entsandt hatte. Genosse Siegfried Rädel, der offiziell sein Erscheinen in der Nazi-versammlung angekündigt hatte, wurde mit Waffengewalt am Betreten des Saales gehindert. Die SA Hitlers diente dabei der SPD-Schupo als Hilfspolizei. In den Saal wurden lediglich Anhänger der NSDAP gelassen, so daß gerade 700 Mann hineingelangten, während die Straßen der Umgebung von einer 7000köpfigen Menge besetzt blieben. Vor diesen Arbeitermassen sprach dann Genosse Rädel unter tosendem Beifall. Als die braune Pest den Saal wieder verlassen wollte, wurde sie von der riesigen Menschenmenge mit stürmischen Rufen gegen die braune Pest und Hochrufen auf die Kommunistische Partei empfangen. Sie mußten durchstäblich Spießruten laufen. Selbst der Polizeibericht gibt mehrere Tausend proletarische Gegendemonstranten an. Nur durch den ungeheuerlich brutal auftretenden Polizeischutz war es den Nazis überhaupt möglich, ihre Wohnungen wieder aufzusuchen. Das hiesige Mutschmann-Blatt ist durch diese Vorgänge derart aus dem Häuschen geraten, daß es seiner Wut in einer öffentlichen Aufforderung auslässt, den nächsten Gegendemonstranten

„ohne weiteres an dem nächsten Laternenpfahl öffentlich aufzuknüpfen!"

Diese berufsmäßigen Arbeitermörder genießen dabei den Schutz der von sozialfaschistischen Präsidenten geleiteten republikanischen Polizei. Sogar die Leipziger Volkszeitung, also das Parteiblatt des SPD-Polizeipräsidenten, ist gezwungen, gegen die Haltung der Polizei zu opponieren. Sie ist jedoch feig genug, mit keinem Wort auf die Tatsache einzugehen, daß es der Polizeipräsident der eigenen Partei ist, der diese Dinge ermöglicht und durchführt. Wie tief dieses ehemals so bedeutungsvolle sozialdemokratische Blatt in seinem Haß und Kampf gegen die Kommunistische Partei gesunken ist, zeigt ein Zitat aus dem Bericht über die Vorgänge in Leipzig. Trotzdem es vorher eingehend die schamlose Arbeiterhetze der Nazibanditen zugeben mußte und die Massenempörung und den revolutionären Elan der unter KPD-Führung aufmarschierenden Arbeiter indirekt feststellt, bringt die Leipziger Volkszeitung es nach „altbewährter" Methode fertig, folgendes zu schreiben:

„Abschließend muß gesagt werden, daß es mehr als verbrecherisch von der KPD war, ihre Anhänger nach den Rheingold-Festsälen zu dirigieren. Eine verantwortungsbewußte Parteileitung mußte damit rechnen, daß sie mit einer solchen Maßnahme nur Provokateuren und dunklen Elementen Anlaß gibt, leicht erregbare Massen zu Unbeloonnenheiten hinzureißen. Leider kommen solche Bedenken der Führung der KPD nicht. Arbeiterleichen gehören eben zu ihrem Agitationsmaterial."

In genau demselben Sinn äußern sich die scharfmacherischen Leipziger Neuesten Nachrichten, das Hauptblatt der sächsischen Industriellen. Im gleichen Sinne äußert sich die Nazi-Presse, die ein Interesse daran hat, den revolutionären Abwehrkampf der Arbeiter in den Schmutz zu ziehen. Die SPD-Redakteure wissen, weshalb sie das tun, ebensogut wie die Nazi-Banditen und die Industriellen-Söldlinge.

Aber die Zeit ist vorbei, in der solche Manöver wirken konnten. Die Arbeiter müssen sich zur Wehr setzen und setzen sich zur Wehr. Sie verstehen, daß auch hier die Frage gilt: Wer — wen? Sollen die Hakenkreuzlerbanden die Arbeiter erschlagen, ihre Einrichtungen zerstören, sie von den Straßen verdrängen, oder **soll nicht das Proletariat, als die Klasse der gesellschaftlichen Erneuerer, als die Kämpferin für die Befreiung der arbeitenden Menschheit mit allen Mitteln und unter Ausnutzung jeder Möglichkeit den Terrorbanden des Kapitals entgegentreten?** Die Antwort auf diese Frage haben die Arbeiter überall selbst gegeben im roten Berlin, im Ruhrgebiet, an der Wasserkante und in Sachsen. Schon hat dieses entschlossene Auftreten manchen verirrten Proletarier, der der Demagogie der Nazis zum Opfer gefallen war, in die Front des proletarischen Klassenkampfes zurückgeführt. Es hat aber auch die Front umrissen und gezeigt, **daß die SPD-Führer, durch ihre Bindung an den bürgerlichen Staat in jeder entscheidenden Frage jenseits der Barrikaden stehen** und daß deshalb die Führung dieser revolutionären Kampfbewegung gegen den Faschismus der KPD vorbehalten bleiben mußte.

Unter Anleitung geben wird die Kommunistische Partei in Gemeinschaft mit dem Kampfbund gegen den Faschismus überall, wo die Nazis aufzutreten wagen, die breiteste Front aller klassenbewußten Arbeiter formieren. Schon sind in den letzten Tagen in Dresden sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam gegen Nazibanden vorgegangen. Seit 3 Tagen müssen Doppelposten der Polizei im Innern der Stadt den Schutz der Arbeiterschlächter übernehmen. Die bloße Mitteilung, ein SPD- oder KPD-Arbeiter sei in das Stahlhelmheim in der Granaer Straße geschleppt worden, brachte eine 1000köpfige Menge auf die Beine, die den Hakenkreuzlerladen zu stürmen drohte . . .

Am Sonntag werden auch in Dresden die Nazis Spießruten laufen. Der Aufruf der Bezirksleitung der KPD wird die Massen der klassenbewußten Proletarier die Arbeiterstraßen abriegeln und die Durchmarschstraßen besetzen lassen. Im Zusammenhang damit werden die revolutionären Arbeiter den Klassengenossen im Reichsbanner zeigen, daß sie gewillt sind, mit ihnen Schulter an Schulter zu kämpfen. Die Proletarier im Reichsbanner aber müssen erkennen, daß sie nicht **unter einer Führung von Unternehmern und Verbündeten des kapitalistischen Staates, sondern nur in der Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern den Sieg der werktätigen Bevölkerung über den faschistischen Terror erkämpfen helfen können.** Beantwortet die Arbeiterklasse den Frontalangriff des Unternehmertums, der gekennzeichnet ist durch die Lohnrauboffensive und durch den Aufmarsch der faschistischen Banden, ihrerseits durch Herstellung einer unerschütterlichen, eisernen Front des Klassenkampfes in den Betrieben und auf den Straßen, dann wird die letzte Stunde des faschistischen Arbeitermordes geschlagen haben.

Sächsischer Naziabgeordneter — Fahrkartenfälscher!

Dresdner Kunstreaktionär Prof. Wrba durch kommunistischen Antrag erledigt

Faschisierung des Beamtenapparates muß durch Unterstützung der klassenbewußten, revolutionären Beamtenschaft von der Arbeiterschaft durchkreuzt werden

Die Tagesordnung der Donnerstagsitzung des Landtages enthielt nur einige Anfragen und den kommunistischen Antrag zu den Vorgängen an der Kunstakademie in Dresden. Noch vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, als die kommunistischen Abgeordneten den Leipziger Nationalsozialisten ihre erbärmliche Feigheit anläßlich der Studentkowski-Versammlung unter die Nase rieben. Das Bild wurde vervollständigt durch die geradezu lächerlich begründeten Einsprüche der Naziabgeordneten gegen die an sie erteilten Ordnungsrufe der letzten Sitzung. Das Argument dieser „Tapferen" war: Wir haben die Anordnungen des Präsidenten überhört. Ihre Erklärungen lösten Gelächter aus.

Bei einer Anfrage des Naziabgeordneten Schreiber wegen dunkler Vorgänge in der Gemeindeverwaltung von Waldkirchen-Zschopautal, kam es zu einer eigenartigen Anfrage des Abgeordneten Uhlig an den Naziabgeordneten Schreiber. Der Frager erklärte dabei, daß derselbe nationalsozialistische Abgeordnete Schreiber, der sich über die Korruption anderer entrüstete, wegen Fälschung von Fahrkarten aus dem Reichsbahnbetrieb entlassen worden sei. Schreiber erbleichte dabei zuckend.

Genosse Miehlhorn

betonte als Vertreter der kommunistischen Fraktion, daß die Kommunisten selbstverständlich auf Klärung der Angelegenheit drängen, wies aber darauf hin, daß die Herren Nationalsozialisten am allerwenigsten Recht und Grund hätten, das Maul aufzureißen. Bezeichnend sei, daß sie genartet haben, bis der verantwortliche Bürgermeister in Pension gehen konnte. Durchaus charakteristisch ist aber auch, daß die Behörden, die sehr tolerant selbst bei den korruptesten Elementen auftreten, prinzipiell keine Kommunisten an der Spitze einer Gemeindeverwaltung dulden. Das kennzeichnet das System ebenso wie die überall auftretenden Korruptionserscheinungen. Daß die Herren Nazis sehr wohl in diesem System gedeihen, das zeigt nicht nur der Fall in Waldenburg, wo ein faschistischer Spekulant Hunderte von Kleinbauern betrogen hat, sondern auch der Fall des Naziabgeordneten Schreiber, dem man hier Fahrkartenfälschungen auf den Kopf zusagen konnte.

Bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnung enthüllt

Genosse Renner

die Absicht der Regierung, nunmehr mit der neugewonnenen Regierungsmehrheit einschließlich der „linken" Sozialdemokraten den neuen Etat durchzupeitschen. Die kommunistische Forderung, die Beratung der Etatanträge zuerst in dem Ausschuß durchzuführen, wird vom neuen Regierungsblock einschließlich von Edel und Liebmann abgelehnt.

Kunstreaktionär Wrba erledigt

Die Beratung des kommunistischen Antrages zu den skandalösen Vorgängen an der Dresdner Kunstakademie, die den reaktionären Professor Wrba als Schänder der proletarischen Modelle und Vertreter übelster Cliquenwirtschaft entlarvt, gestaltete sich zu einer vernichtenden Abrechnung mit diesem „Stolz" der Kunstakademie.

Genosse Sindermann

hob bei der Begründung des Antrages hervor, daß es sich um einen typischen Skandal der herrschenden Klasse handle, da trotz Zeitungsmeldung übelster Vorgänge durch ein gerichtliches Urteil die Regierung diesen völlig diskreditierten Kunstbonzen nach wie vor in seiner Stellung hält, während die mißbrauchten Modelle wirtschaftlich erledigt, die aufbegehrenden Studenten von der Hochschule entfernt worden sind. Genosse Sindermann kündigte bei der Beratung des Etats kommunistische Anträge auf radikale Aenderung der reaktionären Studienordnungen an, da diese die Grundlage für die übelsten Erscheinungen bilden. Die Kommunisten fordern deshalb, Bericht über die Vorkommnisse an der Akademie dem Landtag zu erstatten, Wrba aus seinem Lehramt zu entfernen, alle durch Wrba entlassenen Studierenden wieder einzustellen und künftig die Berufung und Tätigkeit der Professoren nur im Einverständnis mit den Studierenden erfolgen zu lassen.

Die Regierung gab hierauf durch einen Vertreter eine unerhörte Erklärung ab, die darin gipfelte, daß man zwar die Schwierigkeiten zugeben müsse, aber Normalisierungsräumen aber nur eine Gehaltszulage von 500 RM für Wrba verdanken wolle. Diese Erklärung war sogar den Bürgerlichen zu viel, so daß Professor Kolmer gezwungen war, zu erklären, hier unmöglich beispielgebend sein zu können. Die Niederlage der Regierung wurde dadurch vollständig gemacht, daß die ersten drei Forderungen des kommunistischen Antrages einstimmig angenommen wurden. Der letzte Punkt, die Mitbestimmung der Studenten bei der Berufung von Professoren, wurde jedoch gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt, wobei die Sozialdemokraten geschlossen mit den anderen bürgerlichen Parteien gegen diese grundsätzliche Forderung der freiheitlich gesinnten Studenten stimmten. Diese Tatsache löste bei den zahlreich auf den Tribünen vertretenen Studierenden lebhafte Unruhe aus.

Den Abschluß der Sitzung bildete die Erledigung zweier Anfragen, die sich mit der Betätigungsfreiheit der Nationalsozialisten bei den „republikanischen" Behörden beschäftigten. Dabei kam deutlich die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates zum Vorschein, denn die Erklärung der Regierung zeigte deutlich, daß sie mit den Rüstungsbestrebungen der Nazis und ihrem Eindringen in den Beamtenapparat einverstanden ist.

Die Arbeiter werden daraus nicht nur ihre Schlüsse ziehen, sondern den Kampf derjenigen Beamten, die sich mit der Sache der Arbeiterschaft solidarisch fühlen, aufs energischste zu unterstützen wissen.

SLUB
Wir führen Wissen.